



## KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. März 2023  
Kantonsratspräsident Born Rolf

### **P 993 Postulat Budmiger Marcel und Mit. über die finanzielle Unterstützung der Spitäler für Personalmassnahmen zur Sicherung der Gesundheitsversorgung / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.  
Marcel Budmiger hält an seinem Postulat fest.

Marcel Budmiger: Wenn Sie mit einem Wasserkanister unterwegs sind, der ein Loch hat, können Sie entweder immer wieder frisches Wasser nachfüllen oder zuerst das Loch flicken. Die Luzerner Regierung würde die erste Variante wählen, auch wenn dabei viel kostbares Wasser verloren geht. So setzt sie bei der Bekämpfung des Pflegenotstands grundsätzlich auf die Ausbildung. Das macht zwar Sinn, aber wenn pro Monat 300 Pflegefachkräfte ihren Beruf verlassen, kommen wir auch mit Ausbilden nicht nach. Zudem ist es – wie wir es jeweils von der FDP hören – nicht sehr effizient, wenn wir für teures Geld Menschen ausbilden, die nachher nicht auf ihrem Beruf bleiben können oder wollen, weil die Arbeitsbedingungen zu schlecht sind. Diese Abgänge können wir nur mit besseren Arbeitsbedingungen stoppen. Es gibt nicht nur die eine Massnahme, mit welcher alle Probleme gelöst werden können. Am Wahlpodium in Wolhusen waren sich alle einig, dass es zur Verbesserung im Gesundheitswesen einen Strauss von Massnahmen braucht. Diesen Strauss gibt es aber nicht gratis, sondern er kostet etwas. Wir müssen uns nicht darüber einig sein, wie wir dieses Bouquet finanzieren wollen, aber es braucht Geld, ausser Sie wollen die Blumen im Ausland stehlen. Wenn Sie diese Personen im Inland ausbilden wollen, braucht es Geld und nicht nur Applaus. Die SP-Fraktion hat einen Strauss voller Ideen vorgelegt, wie bessere Bedingungen im Gesundheitswesen finanziert werden könnten. Leider sind wir bisher an Ihrem Widerstand gescheitert. Sie wollten dem Gesundheitspersonal keine Blumen geben, es hätte sogar nicht einmal für einen Kaktus gereicht. Die Regierung argumentiert beim vorliegenden Vorschlag mit Wettbewerbsüberlegungen, der Wettbewerb zwischen Spitälern würde dadurch eingeschränkt. Mittlerweile sollte aber allen klar sein, dass im Gesundheitswesen ein Wettbewerb nicht funktioniert. Patientinnen und Patienten wollen in erster Linie gesund werden und nicht Kliniken vergleichen. Wenn sie das tun möchten, fehlt das medizinische Grundwissen dazu. Man muss spezialisiert sein, um zu entscheiden, was gut wäre. Wenn man Wettbewerb predigt und gleichzeitig Millionen von Franken in eine regionalpolitische gemeinwirtschaftliche Leistung investiert, ist das ein ziemlicher Widerspruch. Die SP-Fraktion will im ganzen Kanton eine gute Gesundheitsversorgung, wir stehen auch zu den bestehenden Spitalstandorten. Die Standorte können aber nur mit genügend Personal erhalten werden. Sie haben also einmal mehr die Gelegenheit, etwas für das Gesundheitspersonal zu tun. Nutzen Sie diese Chance. Ein Hinweis für all jene, für welche die Finanzen wichtiger sind als das Personal: Wenn Sie das Postulat aus Spargründen ablehnen, wählen Sie die teuerste Variante. Dann investieren wir weiterhin viel Geld in die

Ausbildung, die sich wegen der kurzen Verweildauer im Beruf nicht auszahlt. Wir müssen Leute ausbilden, die im Job bleiben können. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen.

Helen Schurtenberger: Es ist allen bewusst, dass in den Spitälern, im Gesundheitsbereich speziell, aber auch in anderen Fachgebieten ein Fachkräftemangel besteht. Besteht der Fachkräftemangel aber nur, weil gemäss der SP und der Gewerkschaftsvertreter zu tiefe Löhne bezahlt werden und die Arbeitsbedingungen angeblich so schlecht sind? Nein. Auch Mitarbeitende, welche im Gesundheitsbereich im Spital arbeiten, sehen nicht alles nur negativ. Nun sollen mehr zweckgebundene Beiträge für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Spitälern eingesetzt werden, um der Fluktuation und dem Personalmangel entgegenwirken zu können. Im Gesundheitsbereich hat es aber nicht nur wegen der Löhne und der Arbeitsbedingungen einen Fachkräftemangel. Leider ist es so, dass in den nächsten Jahren viele Leute in Pension gehen. Wir haben überall eine Überalterung, und es kommen zu wenig Junge nach. Ja, die FDP ist dafür, dass das Geld in die Aus- und Weiterbildung, die Rekrutierung und die Aufklärung gehen soll. Vielleicht sollte man auch aufhören, alles immer nur schlechtzureden. Das sagen sogar Mitarbeitende der Spitäler. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Ursula Berset: Die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen und in der Pflege im Besonderen sind – vorsichtig ausgedrückt – nicht gerade ideal. Oder mit den Worten von Marcel Budmiger ausgedrückt: Der Wasserkanister hat tatsächlich ein Loch, und zwar ein grosses. Es braucht eine Verbesserung, darin sind wir uns einig. Für diese Verbesserung braucht es auch Geld. In diesem Sinn unterstützt die GLP-Fraktion das Anliegen des Postulanten. Wir haben aber unsere kantonalen Spitäler vor wenigen Jahren in eine Aktiengesellschaft ausgelagert und damit auch die Verantwortung über die Betriebsorganisation der Leitung der Spital AG übergeben. Wir sind der Meinung, dass die Zuständigkeit für die Arbeitsbedingungen klar beim Auftraggeber liegt, also bei den Spitälern. Sie haben es in der Hand, den Betrieb so zu gestalten, dass es für die Arbeitnehmenden attraktiv ist, dort zu arbeiten. Ich persönlich bin der Meinung, dass das Grundproblem nicht darin liegt, dass es zu wenig Fachpersonen gibt, sondern dass es zu wenig attraktive Arbeitgebende gibt. Damit meine ich nicht den Lohn, sondern die Arbeitsbedingungen. Diesbezüglich besteht in den meisten Betrieben und gerade in den Spitälern noch viel Luft nach oben. Natürlich braucht es in der Pflege bessere Löhne, aber Geld allein richtet es nicht. Im Gesundheitswesen braucht es eine eigentliche Transformation des Spitalbetriebs. Dabei geht es um die Einsatzplanung, eine sinnvolle Arbeitsteilung, effiziente Prozesse und um die Ausschöpfung des Potenzials der digitalen Transformation. Die Spitäler haben das Optimierungspotenzial erkannt. Sie haben uns beim Parlamentarierbesuch Ende Januar 2023 auch gezeigt, dass sie sich auf den Weg gemacht haben. Das zeigen auch die Antworten des Regierungsrates auf die Anfrage A 876. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass das der richtige Weg ist. Auf einem parallelen Weg direkt Geld ins System zu bringen, ist für uns der falsche Weg und sendet ein falsches Signal aus. In unseren Augen laufen wir damit Gefahr, dass wir als Kanton Spitalstrukturen am Leben erhalten, die eigentlich überholt sind. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Jasmin Ursprung: Der Fachkräftemangel ist uns allen bewusst und wird noch für längere Zeit eine Herausforderung bleiben. Doch ist es nun sinnvoll, einige Bereiche zu subventionieren und ihnen öffentliche Gelder zu geben? Was machen dann andere Branchen? Soll der Kanton auch dort bald nachhelfen? Soll dies unsere Zukunft sein, nur noch Staat und keine freie Wirtschaft mehr? Wir sehen das nicht so. Es sollte andere Lösungen geben, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, wie die Hinterfragung der Prozesse, Aufgaben und Kompetenzen oder gar Automatisierungen. Lohnerhöhungen sollten primär über die Tarife gedeckt werden können, und diesbezüglich sind die Krankenkassen die Ansprechpartner. Ansonsten würden die Spitalfinanzierung und die Spitalkosten völlig intransparent. Arbeitszeitverkürzungen würden den Fachkräftemangel gar noch verschärfen, da die Arbeitslast für die einzelnen Mitarbeitenden noch grösser würde und dadurch Leistungen gar nicht mehr angeboten werden könnten. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat aus den genannten Gründen ab.

Gerda Jung: Das Postulat fordert vom Kanton eine finanzielle Unterstützung der Spitäler für Personalmassnahmen zur Sicherung der Gesundheitsversorgung. Die Regierung erklärt sehr klar und verständlich, welche Massnahmen bereits getroffen wurden und welche weiteren möglichen Schritte auf anderen Ebenen nötig sind. Für eine sichere Gesundheitsversorgung braucht es verschiedenste Massnahmen, so zum Beispiel die Wertschätzung, welche nicht nur über den Geldwert definiert werden kann. Arbeitszeitmodelle müssen angepasst werden, und die Eigenverantwortung jedes Einzelnen muss gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass unsere Notfallstationen mit Bagatellfällen überrannt werden. Jeder Mensch hat Fähigkeiten, die es wieder zu entdecken gibt. Uns scheint es auch wichtig, dass der Kanton bei dieser grossen Herausforderung im Gesundheitswesen mit anderen Kantonen zusammenarbeitet, sodass es schlussendlich kein Abwerben oder Abstossen gibt. Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat aus den genannten Gründen ab.

Bärbel Horat: Der Personalmangel in der Pflege führt manchmal zu unangenehmen Situationen. Was ist dringender, wenn ich jemanden pflege: jemandem ein Schmerzmittel geben, einer frisch operierten Person auf die Toilette helfen oder endlich selber Mittagspause zu machen? Wer muss warten mit Schmerzen, Harndrang oder Hunger? Leute in der Pflege bringen eine hohe Motivation mit, gut für andere zu sorgen. Wenn es wegen äusserer Umstände wie dem Fachkräftemangel ständig daran scheitert, eine gute Pflege zu leisten, frustriert das wahnsinnig, und viele steigen aus. Dieser Teufelskreis, dass die Arbeitsbelastung immer höher wird, je weniger Leute in der Pflege arbeiten, und je weniger Leute es hat, desto höher ist die Arbeitsbelastung, geht uns alle an. Die Arbeitsbedingungen in der Pflege gefährden langsam aber sicher die Gesundheitsversorgung. Personalmangel führt zu Wartezeiten und zu ungenauem Arbeiten. Beides kann in kritischen Situationen fatale Auswirkungen haben. Der Kanton ist für eine sichere Gesundheitsversorgung verantwortlich. Jetzt besteht Handlungsbedarf. Man kann nicht warten, bis die «Pflegeinitiative» bis in ein paar Jahren vielleicht – hoffentlich – umgesetzt ist. Ich gehe mit meinen Vorrednerinnen und -rednern einig: Lohn ist nicht alles, aber trotzdem ein wichtiger Aspekt, um das erwähnte Loch im Kanister zu verkleinern. Wenn zum Beispiel eine alleinerziehende Mutter eigentlich das Einkommen einer Vollzeitstelle braucht, aber das nicht schafft, weil es in der Pflege zu anstrengend ist, oder wenn die Kinderbetreuung einen grossen Teil des Lohnes auffrisst und wir diesen Personen anbieten können, für den gleichen Lohn weniger arbeiten zu können und genug Erholungszeit zwischen den fordernden Arbeitstagen bleibt, bin ich überzeugt, dass wir so Leute motivieren können, in der Branche zu bleiben. Das gibt nicht Mehrarbeit für die verbleibenden Personen, sondern Ziel wäre es, mehr Leute in der Branche zu halten. Das Postulat sehe ich nicht als Lösung für alle Probleme in der Pflege, aber als einen wichtigen Beitrag, einen Impuls, um den Teufelskreis durchbrechen zu können und die Pflege in den Spitälern zu sichern. Was dabei leider untergeht, ist, dass die Situation des Fachkräftemangels auch die Langzeitpflege in den Gemeinden betrifft. Heime und Spitem stehen vor ganz ähnlichen Problemen. Immerhin gibt dieses Postulat einen Impuls gegen den Personalmangel in den Spitälern. Die G/JG-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Pia Engler: An die Adresse der FDP-Fraktion: Wir wissen, dass es einen Strauss von Massnahmen braucht. Beim Lohn heisst es aber immer, dass das nicht die eine richtige Lösung sei. Das finde ich nicht. Der Lohn ist eine der richtigen Massnahmen. Wir müssen das Problem auf verschiedenen Ebenen angehen. Ich finde es nicht richtig, den Lohn immer auszuklammern. Das ist mir schon in früheren Diskussionen aufgefallen, es gibt Papiere, in denen steht, dass die Betroffenen sagen, der Lohn allein sei es nicht. Jetzt wird das Argument umgekehrt, dass man auch diesbezüglich keine Massnahmen ergreifen soll.

Christine Kaufmann-Wolf: Die Herausforderungen sind sehr gross. Es braucht aber von beiden Seiten ein Entgegenkommen. Nur mit einer Lohnerhöhung allein ist es noch nicht getan, sondern die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Lassen Sie mich ein Beispiel machen: Eine 15-jährige junge Frau aus meinem nahen Bekanntenkreis hat diese Lehre voller Elan begonnen. Das erste halbe Jahr wurde sie in die Palliativmedizin eingeteilt.

Während ihrer Ausbildung hat sie nur Hindernisse und grosse Hürden erfahren, sei es beim Arbeits-, Einsatz- oder Ferienplan. Es wurde so schlimm, dass sie nach anderthalb Jahren schon gesagt hat, dass sie nach abgeschlossener Lehre den Beruf verlasse. Danach hat sie nie mehr auf dem Beruf gearbeitet, in dem sie sich ausbilden liess. Dort muss man also ebenfalls ansetzen. Schon bei der Ausbildung muss es das Ziel sein, diese Leute mit entsprechenden Rahmenbedingungen zu halten. Das ist nicht nur der Lohn, sondern es fängt in den Abteilungen in den Spitälern an mit der Einteilung der jungen Personen.

Melanie Setz Isenegger: Ich möchte auf einzelne Voten eingehen. Die Planung der Spitäler ist klar ein Thema, wie es Christine Kaufmann-Wolf gesagt hat. Die Dienstplanung hängt von den Vorgesetzten in den Spitälern und Pflegeheimen ab. Auch sie haben gute Arbeitsbedingungen verdient, damit sie eben lernen und darin ausgebildet werden, wie Arbeitspläne zu erstellen sind, die auch den Mitarbeitenden dienen. Marcel Budmiger hat schon erklärt, dass der Markt im Gesundheitswesen nicht funktioniert. Bitte verstehen Sie das endlich: Der Markt ist reguliert, und zwar extrem. Das macht den Mitarbeitenden im Gesundheitswesen Mühe. Sie müssen für alles eine Verordnung haben und einen Zettel ausfüllen und sollten ständig Optimierungen machen, «Lean Management» usw., obwohl sie eigentlich darauf fokussiert wären, Patientinnen und Patienten medizinisch zu versorgen und zu pflegen. Das kommt vor allem von Ihnen. Sie haben immer Angst, die Pflege oder die Ärztinnen und Ärzte würden das Gesundheitswesen hintergehen. Daran krankt unser Gesundheitswesen. Ja, es besteht eine hohe intrinsische Motivation, Ärztin oder Arzt oder Pflegefachfrau oder Pflegefachmann zu werden. Damit möchten wir diese Leute aber nicht verheizen. Es ist ein Beruf wie jeder andere auch, es braucht aber eine andere Motivation. Das soll uns nicht davon abhalten, diesen Personen einen anständigen Lohn zu bezahlen, nur weil es dazu eine intrinsische Motivation braucht, jeden zu pflegen und zu ertragen, was man zum Teil sieht. Die Eigenverantwortung wurde angesprochen. Das ist ein grosser Anteil. Wenn wir am Sprachniveau von Menschen schrauben, die im Gesundheitswesen arbeiten, nur weil wir zu knauserig sind, um Geld zu investieren, können wir die Eigenverantwortung bald wieder abschreiben, wenn wir nicht verstehen, was uns das medizinische Fachpersonal aufträgt und wie man bei einem sogenannten Bagatellfall vorgehen soll. Ich wette, dass alle, die auf die Eigenverantwortung pochen, oft die Ersten sind, die auf den Notfall gehen, wenn sie oder ihr Kind nachts um 2 Uhr ein Problem haben. Ich bitte Sie, von der Vorstellung wegzukommen, dass der Markt im Gesundheitswesen funktioniert. Das ist nicht so, sondern wir müssen das Gesundheitswesen unterstützen, weil es unser allerhöchstes Gut ist. Ich bitte Sie deshalb, dem Postulat zuzustimmen.

Korintha Bärtsch: Wenn ich der Diskussion zuhöre, habe ich das Gefühl, dass der Ernst der Lage nicht erkannt wird. Natürlich gibt es in verschiedenen Branchen einen Fachkräftemangel. Auch in meiner Branche gibt es sehr viel Arbeit, mein KMU könnte wachsen, aber es ist sehr schwierig, die Stellen mit adäquat ausgebildeten Personen zu besetzen. Es ist aber ganz anders, wenn das Wachstum in meiner Branche nicht stattfinden kann, als wenn Fachkräfte in der Pflege und der medizinischen Grundversorgung fehlen. Es ist nicht so, dass wir dieses Problem noch nicht haben, Marcel Budmiger hat es mit seinem Beispiel mit dem kaputten Kanister sehr gut ausgeführt. Es ist nicht so, dass, wenn wir in die Ausbildung investieren, wir morgen schon zusätzliche Fachkräfte haben, sondern erst übermorgen. Trotzdem ist es sehr wichtig, in diese Ausbildung zu investieren, und zwar sofort, etwa mit der Umsetzung der «Pflegeinitiative». Es darf zu keiner Verschiebung kommen, so wie jetzt im Bundesparlament eine droht. Es ist ganz wichtig, verschiedene Massnahmen umzusetzen. Es braucht Sofortmassnahmen, aber auch mittel- und längerfristige. Wir können doch nicht jede Massnahme als falsch bezeichnen, sondern wir müssen «Leadership» zeigen. Wir müssen zeigen, welche Massnahmen zusätzlich notwendig sind, damit wir die Wertschätzung unseres Parlaments gegenüber dem Pflegepersonal zeigen können. Wir sollten die Verantwortung nicht einfach an das Luzerner Kantonsspital (LUKS) als AG abschieben und sagen, wir schauen schon, dass die Löhne den Pflegenden zugutekommen, und nicht den oberen Etagen, so wie es das LUKS – das versteht zwar niemand – getan hat. Wir müssen aufzeigen, wie der Pflegeberuf wieder die

Wertschätzung erhält und die Attraktivität erhalten werden kann, sonst überlegt sich niemand mehr, diesen Beruf zu ergreifen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Bildungsoffensive Früchte trägt und Frauen und Männer daran interessiert sind, diesen Beruf zu ergreifen. Wir müssen handeln. Wenn Sie alle sagen, dass der Lohn nicht die richtige Massnahme ist, möchte ich von Ihnen hören, was denn richtig ist. Wie können wir unsere Wertschätzung zeigen, und zwar schon heute und nicht erst morgen? Wir müssen jetzt ein Zeichen setzen. Die Lage ist ernst, morgen wird sie noch ernster sein. Ich möchte später nicht hören, dass wir doch früher hätten handeln sollen.

Helen Schurtenberger: Für mich bedeutet «Beruf» eine Berufung und ein Beruf, der mir gefällt. Dann hängt es nicht nur vom Lohn oder den Arbeitsbedingungen ab, ob ich einmal länger arbeiten muss oder zur rechten Zeit Mittagspause machen kann. Ich habe an einem Austausch im Spital teilgenommen und dabei mit jungen Leuten gesprochen. Sie sagen klar, es halte viele junge Leute davon ab, in die Pflege zu gehen, weil in der Presse viel Negatives über die Arbeitsbedingungen stehe.

Jörg Meyer: Ich muss auf das Votum von Helen Schurtenberger eingehen. Sie sagt, es sei nicht einfach ein Beruf, sondern eine Berufung, und deshalb arbeite man auch etwas mehr, auch für weniger Geld und unter schlechteren Umständen. Ich bitte Sie, mit keiner Silbe oder zwischen den Zeilen dem Pflegepersonal irgendwie zu unterstellen, dass es an Berufung fehle. Wenn diese Berufung, diese intrinsische Motivation fehlte und wenn dem Pflegepersonal die Patientinnen und Patienten nicht am Herzen lägen, sondern das eigene Portemonnaie oder die eigne Mittagspause, dann hätten wir die Spitäler, Altersheime oder Spitex-Betriebe schon längst schliessen können. Es reiht sich hier ein in eine Diskussion – und jetzt ich spreche mit meiner Interessenbindung als Direktor von Xund – um den Schwarzen Peter. Die Eigenverantwortung müsse wieder steigen, zum Beispiel bei Patienten, die nicht sofort den Notfall aufsuchen sollen. Oder bei den Tarifen sollte angesetzt werden, worüber in Bern seit mehr als zehn Jahren diskutiert wird. Oder die Presse soll jetzt sogar schuld sein mit ihrer negativen Berichterstattung. Oder die Ausbildung müsse besser begleitet werden. Wir wissen scheinbar alle, was wir machen müssten. Aber nie sind wir es, sondern immer andere. Der Schwarze Peter geht immer an den Nächsten. Die Zentralschweizer Betriebe bemühen sich. Wir werden die Ausbildungslöhne auf nächstes Jahr massgeblich erhöhen, das sind Vorleistungen der Zentralschweizer Betriebe von mehreren Millionen Franken, die durch keinen Tarif abgedeckt sind. Die Kantone investieren in Projekte, um Leute für diesen Beruf zu begeistern. Aber es ist so, wir kämpfen mit dem Umfeld. An meiner Schule habe ich einen Tarif von minus 15 Prozent. Ich mache genau die gleiche Arbeit, einfach mit 15 Prozent weniger Geld. So geht es allen Heimen, Spitälern und Spitex-Betrieben. Ja, wir müssen den Einsatz und den Personalerhalt stärken. Wir können nicht einfach nur die Löcher stopfen. Was ist, wenn der Schwarze Peter einfach weitergereicht wird? Wer bezahlt die Rechnung? Die Pflegenden, weil sie eben eine Berufung haben. Sie gehen nicht nach Hause, wenn es den Patienten schlecht geht, sondern schieben noch eine Schicht mehr. Wir müssen uns einfach bewusst sein, wem wir den Schwarzen Peter am Schluss zuschieben. Glauben Sie mir, die Frustration ist gross und wird nicht kleiner. Es ist enorm schwierig, junge Menschen für diesen tollen Beruf zu begeistern, wenn die Umstände so anspruchsvoll sind. Es liegt nicht nur am Lohn, aber er ist ein Element, bei dem der Kanton eingreifen kann. Lassen wir Taten folgen, statt zu warten, und geben den Schwarzen Peter nicht einfach weiter, schon gar nicht ans Pflegepersonal.

Sara Muff: Sie haben geklatscht überall dort, wo sich die Möglichkeit ergeben hat und Sie dabei fotografiert wurden, und an jedem Podium höre ich, wie wichtig das Gesundheitspersonal ist. Die Pflege hat genug von diesen leeren Versprechungen. Vom Gesundheitspersonal wird immer wieder verlangt, das Unmögliche möglich zu machen. Die Pflegenden fragen sich schon lange, wann die Politik endlich das eigentlich Mögliche möglich macht. Helen Schurtenberger hat gesagt, dass wir manchmal etwas länger arbeiten müssten und nicht immer rechtzeitig Pause machen könnten. Länger arbeiten ist an der Tagesordnung, und Pausen gibt es in vielen Diensten so nicht, und man springt alle zwei Minuten weg, weil ein Beatmungsalarm ausgelöst wurde. In der Freizeit ist das Einspringen

Realität. Die gemachte Aussage ist eine Ohrfeige für alle Pflegenden, die sich täglich für die Gesundheit unserer Bevölkerung einsetzen. Wir haben genug. Zudem ist es eine sehr anspruchsvolle Ausbildung und nicht einfach eine Berufung. Ich rede nicht alles schlecht. Der Pflegeberuf wäre – wie es Jörg Meyer auch gesagt hat – eigentlich ein wunderschöner, aber auch ein sehr fordernder Beruf. Mit dem Zeitdruck und den steigenden Herausforderungen ist es nicht immer einfach, nach Hause zu gehen und abzuschalten in der kurzen Freizeit, die bleibt. Jasmin Ursprung meinte, dass Arbeitszeitverkürzungen den Fachkräftemangel verschärfen würden. Nein, man müsste halt auch ab und zu ein Bett sperren. Die Pflegenden sind nicht mehr länger bereit, den Pflegenotstand, vor dem wir übrigens schon lange gewarnt haben, auf ihrem Rücken austragen zu lassen. Die Fehler, die durch diesen Pflegenotstand passieren, kosten das System notabene auf lange Zeit noch viel mehr. Hören Sie auf, von den Pflegenden immer zu erwarten, dass noch effizienter gearbeitet wird. Die Pflegenden machen schon heute während 24 Stunden und an 7 Tagen alles möglich, immer wieder. Aber ja, das zehrt psychisch und physisch, und darum steigen immer mehr Leute aus. Mit jeder Person geht Erfahrung verloren, die sich über Jahre angesammelt hat und die wir auf den Stationen brauchen, um neue Personen auszubilden. Dem muss man entgegenwirken, und das Postulat würde dabei helfen als eine Blume des grossen Strausses, den es brauchen wird. Mit der Gesundheit der Menschen lässt sich nicht gleich viel Gewinn machen wie mit einer Uhr. Aber Sie stimmen mir wohl alle zu, dass die Gesundheit wichtiger ist. Geben Sie sich einen Ruck, und zeigen Sie endlich, dass Sie es tatsächlich ernst meinen. Stimmen Sie dieser wichtigen Massnahme zu für das Personal, das auf Ihre Antwort wartet. Die Pflegenden können selber auch nur pflegen, wenn sie dabei gesund bleiben.

Daniel Rüttimann: Ich danke Jörg Meyer für das engagierte und sachlich fundierte Votum. Wir haben nicht nur im Pflegebereich einen Fachkräftemangel, sondern in allen Bereichen im Kanton Luzern und in der Schweiz. Ich stehe für gute Rahmenbedingungen im Pflegebereich und in den Spitälern ein. Man muss es aber ganzheitlich als Verbundaufgabe sehen. Wir dürfen die ambulante Seite nicht vergessen, und hier spreche ich als Präsident einer Spitex-Organisation und als Mitglied des kantonalen Spitex-Verbandes. Momentan finden Verschiebungen vom stationären in den ambulanten Bereich statt, weil gewisse Leistungen gar nicht mehr rechtzeitig geleistet werden können. Wir sprechen im ambulanten Bereich von jährlichen Wachstumszahlen von 10 bis 20 Prozent. Wir verlagern gewisse Probleme vom stationären in den ambulanten Bereich. Es hilft also nicht, nur eine Seite zu sehen, sondern es ist in unserer Verantwortung, beide Seiten zu sehen. Deshalb ist es wichtig, dass wir für gute Rahmenbedingungen eintreten.

Marcel Budmiger: Ambulant vor stationär – ja, es gibt mehr ambulante Fälle, das heisst aber, dass es im stationären Bereich immer strenger wird und die Fälle immer komplizierter werden. Der Personalschlüssel wurde aber nicht angepasst. Dafür möchten wir gerne Geld. Es bringt nichts, ambulant vor stationär gegeneinander auszuspielen. Wir können gerne auch der Spitex mehr Gelder geben, dort sind aber auch die Gemeinden involviert. Die Spitalversorgung ist Kantonsaufgabe. Wir haben keinen Auftrag, die Grundversorgung des Kantons mit Blumengeschäften oder Schreinerleistungen sicherstellen zu müssen, aber bei der Gesundheit schon, wir können diesen Auftrag nicht einfach auf das Spital abschieben. Es ist Ihre Aufgabe, die Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Dazu braucht es Geld.

Laura Spring: Wir haben sehr viel über das Personal gesprochen. Diesen Winter waren im Kinderspital viele Plätze zwischenzeitlich gesperrt, weil es zu wenig Personal hatte. Was sagen Sie diesen Eltern, wenn ihr Kind einen RSV-Infekt hat, aber es keinen Platz hat, um Sauerstoff erhalten, weil es zu wenig Personal hat, um alle Kinder und Babys zu behandeln? So war die Situation diesen Winter im Kinderspital, und wir tragen die Verantwortung dafür. Wir tragen die Verantwortung gegenüber dem Personal, aber auch gegenüber den Patientinnen und Patienten, die auf Sauerstoff warten. Wir sprechen hier nicht von einer Bagatelle, wegen der die Leute den Notfall vorschnell aufsuchen. Wir sprechen von einer dramatischen Situation, wie sie sich diesen Winter am LUKS abgespielt hat. Ich finde es sehr wichtig, dass wir heute unsere Verantwortung wahrnehmen und dem Postulat zustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Die Gesundheitsversorgung ist Sache des Kantons, nicht die Spitalversorgung. Für die Umsetzung gibt es verschiedene Möglichkeiten. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. Jörg Meyer danke ich für sein Votum. Als er vom Schwarzen Peter gesprochen hat, hat er immer mich angeschaut. Erstens bin ich nicht der Schwarze Peter, und zweitens sollten Sie mit diesem Begriff vorsichtig sein. Wenn ich auf die letzten 13 Jahre zurückblicke – ich tue es das, ohne zu werten, und will auch niemanden verletzen – ist mir Folgendes aufgefallen: Früher haben sich die Lehrer immer schlechtgeredet, heute ist das weniger der Fall. Ich unterstütze es, dass man heute bei der Pflege kritisch hinschaut. Gewisse Dinge funktionieren tatsächlich nicht. Aber ich bitte Sie aufzupassen. Es ist nicht alles schlecht, es gibt auch viele gute Situationen. Das sollte auch erwähnt werden. Das LUKS macht viele Dinge gut, und andere Dinge kann es nicht machen. Ich würde es wirklich schätzen, wenn das hier auch kommuniziert würde, vor allem auch von Personen, die beim LUKS arbeiten. Die Umsetzung von «Leadership» wurde genannt. Das kostet Geld, jemand muss das bezahlen. Ideen sind sehr viele vorhanden, aber die kosten etwas. Als 2012 das leistungsabhängige, diagnosebezogene Fallpauschalensystem (DRG) eingeführt wurde, dachte ich, dass das gut für den Wettbewerb sei, denn ein Blinddarm in Luzern ist gleich teuer wie in Genf. Das ist nicht so. Wissen Sie, was ich gelernt habe? Es gibt Private, auch Ärztinnen und Ärzte, die nur das machen, was rentiert. Das andere stossen sie an die öffentlichen Spitäler ab. Es gibt Kliniken, die gezielt Eingriffe vornehmen, an denen sie verdienen. Die anderen Eingriffe machen die öffentlichen Spitäler. Da muss man sich schon fragen, ob das korrekt ist. Die Gesundheitsversorgung ist wohl Aufgabe des Kantons, aber wir müssen Dinge machen, bei denen ich mich frage, was das soll. Ist das korrekt? Auch die Luzerner Psychiatrie (Lups) muss eine hochanspruchsvolle Arbeit leisten. Menschen, die niemand mehr will, nicht einmal ein Altersheim, kommen zur Lups. Zu solchen Leuten müssen wir auch schauen. Ich möchte einfach sagen, dass das Geld kostet. Bei der «Pflegethema» war ich für den Gegenvorschlag, das sage ich offen und ehrlich. Dieser wäre klüger und besser gewesen. Die «Pflegethema» wurde mit einer grossen Mehrheit angenommen und wird nun umgesetzt. Jörg Meyer hat erklärt, was die Zentralschweizer Institutionen alles machen. Wir wollen zuvorderst dabei sein. Jetzt gehen hier einige davon aus, man könnte den Fachkräftemangel in den Spitälern einfach damit lösen, indem man bessere Löhne bezahlt. Der Lohn, wie das Pia Engler richtig gesagt hat, ist eine Massnahme, aber es braucht noch andere, wie etwa Arbeitszeit, Familienmodelle usw. In der Gesundheitsversorgung wird es einen Wechsel vom stationären in den ambulanten Bereich geben. Das heisst, dass es sich bei den stationär behandelten Personen oft um schwierige und anspruchsvolle Fälle handelt. Früher gab es eine Durchmischung, das war auch besser zum Arbeiten und für die Ausbildung. Heute muss eine Patientin oder ein Patient das Spital so bald wie möglich verlassen, und die Spitex ist gefordert. Diese Verlagerung wird noch zunehmen. Der Lohn allein ist nicht die Lösung, dazu gibt es bereits Resultate. Das Spital Freiburg hat die Löhne massiv erhöht und hat trotzdem einen Fachkräftemangel. Der Walliser Finanzdirektor hat dem Spital die Teuerung von 3,5 Prozent bezahlt, und trotzdem haben sie weiterhin ein Problem. Das ist eine momentane Lösung, die nicht langfristig funktioniert, und das macht mir Sorge. Wir haben heute praktisch in allen Branchen einen Mangel an Fachkräften, ob in der Bildung, in der Informatik oder bei der Polizei. Wir stehen in den nächsten zehn Jahren vor einer grossen Herausforderung, denn wir können jetzt schon ausrechnen, wie viele Mitarbeitende in der Gesundheitsversorgung fehlen werden. Trotzdem müssen wir unseren Auftrag umsetzen. Sara Muff hat verlangt, dass wir Betten schliessen sollen. Das tun wir schon, aber nicht nur wir, sondern auch das Schweizer Paraplegiker-Zentrum (SPZ) oder andere Spitäler, wie das Universitätsspital Bern. Wir machen das, weil wir zu wenig Mitarbeitende haben. Das heisst, es muss noch mehr ambulant gemacht werden. Die Warteliste wird zudem immer länger. Lohnerhöhungen allein genügen also nicht, um den Fachkräftemangel beheben zu können. Es braucht gute Arbeitsbedingungen, das haben aber die Spitäler erkannt und sind daran – Pflegenden untereinander –, Lösungen zu suchen und endlich umzusetzen. Die Lohnkosten, ob das uns

passt oder nicht, werden im Spitaltarif abgebildet. Stellen Sie sich vor, wenn wir nur das LUKS unterstützen würden und vielleicht noch die Lups. Wir haben aber auch noch das SPZ oder die Hirslanden Klinik. Wie machen wir das im Vergleich zu anderen Spitälern oder Kantonen? Die Kantonsgrenzen sind für die Versorgung offen. Die Luzerner Bevölkerung kann jedes Spital aufsuchen. Es funktioniert einfach nicht. Hier haben die Krankenversicherer als Tarifpartner ebenfalls eine Verantwortung. Damit spreche ich vor allem die hier anwesenden Vertretenden der Krankenversicherer an. Die Verhandlungen sind hochanspruchsvoll, die Tarife werden erst nach zwei Jahren rückwirkend erhöht, und es braucht Liquidität. Wichtig ist – aber damit lösen wir das Problem nicht –, dass nicht jeder Kanton anfängt, eine Insellösung zu kreieren, sondern das müssen wir in der Versorgungsregion gemeinsam tun. Hier arbeiten wir in der Zentralschweiz gut zusammen, auch was die Ausbildung angeht. Wettbewerb tönt gut, bei der Gesundheitsversorgung vermisste ich diesen. Wie lässt es sich erklären – und das habe ich die Krankenversicherer auch gefragt –, dass wir für die ambulante Behandlung viel weniger Taxpunkte erhalten als der Kanton Aargau, obwohl wir ungefähr gleich gross sind? Das kann niemand gut erklären. Die Regierung setzt sich für eine Versorgungsregion ein, aber nicht für eine kantonale Lösung. Nur eine Lohnerhöhung ist nicht die Lösung. Aus den genannten Gründen bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen

Marcel Budmiger: Es geht nicht nur um das LUKS, sondern um die Spitäler auf Kantonsgebiet mit kantonalen Leistungsaufträgen. Zudem geht auch nicht nur um den Lohn.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: So einfach mache ich es mir nicht. Wir haben ein Spital, das Dividenden ins Ausland bezahlt. Die wollen Sie unterstützen?

Der Rat lehnt das Postulat mit 76 zu 33 Stimmen ab.